



STRAFGERICHT BASEL-STADT

R.Nr. 77/2000
StA-Nr. -.-

Entscheid der Rekurskammer

vom 13. Oktober 2000

unter Mitwirkung von

Vorsitz:	Präs. Dr. Niklaus Benkler
Stellvertreter:	Präs. Prof. Dr. Peter Albrecht
Richter:	Dr. Peter Paul
Gerichtsschreiberin:	Lic. iur. Barbara Noser Dussy

betreffend

Rekurs des Moritz Schriber gegen den Nichteintretensentscheid des Ersten Staatsanwalts vom 28. September 2000.

I.

Moritz Schriber hat der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt im Jahre 1998 sowie im August 2000 Unterlagen betreffend ein in Zürich laufendes Ermittlungsverfahren gegen die Rabo Investment Management AG wegen Verdachts der Geldwäscherei gestellt, unter anderem einen von ihm verfassten „Bericht an die Bezirksanwaltschaft III für den Kanton Zürich“, datierend vom 14. April 1998. Eine Erkundigung vom 30. August 2000 bei dieser Behörde hat ergeben, dass ein in Zürich in dieser Angelegenheit geführtes Strafverfahren inzwischen vollumfänglich eingestellt worden ist. Darauf hin hat der zuständige Basler Staatsanwalt dem Rekurrenten am 6. September 2000 mitgeteilt, dass - sofern er „die Zusendung dieses Informationsmaterials als formelle Strafanzeige verstanden wissen wollte“ - gemäss § 100 Abs. 1 StPO nicht

darauf eingetreten wird. Eine von Schriber am 13. September 2000 dagegen erhobene Einsprache ist tags darauf vom Ersten Staatsanwalt i.V. und - auf Grund eines Wiedererwägungsgesuchs - am 28. September 2000 vom Ersten Staatsanwalt erneut abgewiesen worden. Mit Schreiben vom 29. September 2000 an den Ersten Staatsanwalt hat Moritz Schriber (gemäss Rechtsmittelbelehrung) „die Weiterleitung meines Wiedererwägungsgesuchs vom 22. September 2000 als Rekurs an die Rekurskammer des Strafgerichts“ beantragt.

II.

Die Staatsanwaltschaft ist auf die Anzeige des Moritz Schriber in Anwendung von Art. 100 Abs. 1 StPO nicht eingetreten, da sich die Grundlosigkeit der Anzeige aus dem Einstellungsbeschluss der Bezirksanwaltschaft III für den Kanton Zürich vom 4. Oktober 1999 ergibt. Gemäss § 100 Abs. 2 StPO gibt es gegen derartige Nichteintretensverfügungen der Staatsanwaltschaft grundsätzlich keine Rekursmöglichkeit. Eine Ausnahme gilt auf Grund bundesrechtlicher Vorschrift (Art. 8 Abs. 1 lit. b OHG) lediglich für Opfer im Sinne des Opferhilfegesetzes (§ 100 Abs. 2 und § 168 Abs. 3 StPO). Diese Eigenschaft kommt dem Rekurrenten offensichtlich nicht zu, so dass auf den Rekurs nicht eingetreten werden kann (vgl. RKE vom 22.06.98 i.S. S.K.). An diesem Ergebnis vermag auch die falsche Rechtsmittelbelehrung des Ersten Staatsanwalts nichts zu ändern, kann dadurch doch kein nichtexistentes Rechtsmittel geschaffen werden (BJM 1993 S. 52).

III.

Bei diesem Ausgang des Verfahrens würde der Rekurrent an sich kostenpflichtig. Da er indessen irreführend über seine Rechte belehrt worden ist, kann darauf verzichtet werden.

Demgemäss hat die Rekurskammer

e r k a n n t :

- ://: 1. Auf den Rekurs des Moritz Schriber wird nicht eingetreten.
2. Die Kosten des Rekursverfahrens gehen zu Lasten des Staates.

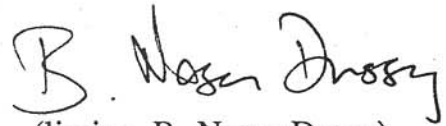
Basel, 18. Oktober 2000/pb

Namens der
Rekurskammer
Der Präsident:



(Dr. N. Benkler)

Die Gerichtsschreiberin:



(lic.iur. B. Noser Dussy)

Mitteilung an:

1. Moritz Schriber
2. Staatsanwaltschaft